

## Geleitwort

Die Liberalisierung des Energiemarktes – speziell des Stromsektors – ist in Deutschland und in Europa ein hoch aktuelles Thema. Allzu lange „erfreute“ sich die Elektrizitätswirtschaft der Fürsorge durch den Staat, wobei diese von der Etablierung staatlicher und der Duldung privater Monopole über die öffentliche Sanktionierung von exklusiven Versorgungsgebieten bis zur Subventionierung bestimmter Energieträger reichte. Die Folge war eine enge Verflechtung von Staat, Verbänden und Unternehmen. Der wichtigste Rechtfertigungsgrund für diese Strukturen war die Garantie einer nationalen Versorgungssicherheit. Durch die zunehmende wirtschaftliche Integration Europas im Zuge des Binnenmarktprojekts gerieten Rechtfertigungen wie Sektorstrukturen ins Wanken. Es war nicht länger einzusehen, warum sich ausgerechnet dieser wirtschaftliche Schlüsselsektor durch Staatsmonopole und demarkierte Versorgungsgebiete auszeichnen sollte. Trotz fehlender direkter Kompetenzen der Europäischen Kommission in der Energiepolitik kam es zur Verabschiedung einer Liberalisierungsrichtlinie, die durch nationale Rechtsakte sowie administrative Verfahren umgesetzt werden muss. Dieser Prozess ist bis heute in vielen Mitgliedsländern noch nicht abgeschlossen.

Diese spannende Ausgangskonstellation stellt den Kontext der Studie von Diana Schumann dar. Es ist das Ziel der Verfasserin, nationale und europäische institutionelle Einflüsse auf die Interessenvermittlung großer Elektrizitätsunternehmen aus Frankreich und Deutschland zu untersuchen. Die Forschungen von Frau Schumann beschäftigen sich folglich mit dem an Bedeutung gewinnenden Thema der direkten administrativen Interessenvertretung von Großunternehmen. Da solche Unternehmen über genügend Kapazitäten verfügen, ihre Interessen auch außerhalb von Verbänden erfolgversprechend vertreten zu können, wählen sie bei unternehmensspezifischen Interessenlagen diese Strategie. Die zunehmende Verflechtung nationaler mit europäischer Politik, die sich in netzwerkartigen Strukturen des Regierens (Governance) manifestiert, bietet ressourcenstarken Akteuren vielfältige Einflussmöglichkeiten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei Koppelgeschäfte als eine Möglichkeit des Interessenausgleichs zwischen Unternehmen und der Europäischen Kommission. Die Autorin zeigt, wie solche Optionen wahrgenommen und umgesetzt werden können. Auch die Kosten für die Allgemeinheit und die damit verbundenen Legitimitätsprobleme derartiger Strategien der Interessenvermittlung werden in ihrer Arbeit diskutiert.

Diana Schumann legt mit dieser Veröffentlichung eine Untersuchung vor, die umfassend, theoriegeleitet und empirisch belegt den Einfluss unterschiedlicher nationaler politischer Systeme, länderspezifischer Sektorstrukturen und institutioneller Spezifika des europäischen Mehrebenensystems auf die Interessenvermittlungsstrategien großer Unternehmen darstellt. Damit ist ihr ein bedeutender Beitrag zur politikwissenschaftlichen Europaforschung im Allgemeinen und zum Thema Interessenvermittlung in der Europäischen Union im Besonderen gelungen.